Bezugsgebühr: Vierteljährlich 2 Mk. 50 Pf.; durch die Post 3 Mk.

Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich morgens; die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zustellung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in zwei Ausgaben abends und morgens zugestellt.

Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honorar-Ansprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

Anzeigen-Tarif.

Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 5 Uhr, Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite 30 Pfg.; die 2spaltige Zeile als „Eingesandt" oder auf Textseite 60 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1- bes. 2spaltige Grundzeilen 30, 40 bes. 60 und 80 Pfg. nach besonderem Tarif. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen.
Schokoladen, Kakaos, Desserts.
Einzelverkauf **Dresden,** Altmarkt 2.

Heinr. Niebling
Tolkewitzer Strasse 2 **Blasewitz** Tolkewitzer Strasse 2
Zeitungskommissionär für Blasewitz
empfiehlt sich zur Annahme von Inseraten und Abonnements für die **„Dresdner Nachrichten".**

Permanente Ausstellung
von
Braut-Ausstattungen u. Zimmer-Einrichtungen
in allen Stilarten und Preislagen. — Zum Besuche lädt ein
G. Ritter, Möbelfabrik, Marschallstrasse 3, Elbberg 1.
Katalog gratis und franko.

Georg Zimmermann Dresden-A. Pirnaische Str. 17
empfiehlt zu soliden Preisen:
Brillen, Klemmer mit pp Gläsern. Gestelle werden sorgfältigst angepasst.
Operngläser, Reisszeuge
Thermometer.

Transportable elektrische **Sicherheitslampen** zur Benutzung bei der Herstellung explosiver leicht brennbarer Stoffe, zum Schutze gegen Grubengase und feuergefährliche Materialien fertigt nach eigenen Modellen
Carl Wendschuchs Etablissement **Struvestrasse 11.**

Nr. 49. Spiegel: Frankreich und der Vatikan. Hofnachrichten. Meißner Dombau. Künstlerfest. Waisenfreunde. Gerichtsverhandlungen. Gesangswettstreit.

Mutmaßliche Witterung: Gelinder, zeitweise bedeckt.

Mittwoch, 18. Februar 1903.

Frankreich und der Vatikan.

Zwischen der französischen Regierung und dem Vatikan schwebt eine Streitfrage, die insofern ein allgemeines politisches Interesse beansprucht, als von ihrer Lösung die ferneren Beziehungen zwischen der Republik und der römischen Kurie bedingt werden. Weigert sich diese, dem Standpunkte der unbedingten staatlichen Oberhoheit, den der Ministerpräsident Combes vertritt, Rechnung zu tragen, so erscheint die längst drohende Gefahr eines ernsten Konfliktes zwischen Frankreich und dem Papste in unmittelbare Nähe gerückt. Seit Jahren drängt eine starke Strömung der radikalen Regierungsrepublikaner auf die Kündigung des Konkordats und die grundsätzliche Trennung zwischen Staat und Kirche, und von klerikaler Seite wird behauptet, der gegenwärtige Kabinettschef habe den vorliegenden Streit nur deshalb vom Zaune gebrochen, um für den etwa eintretenden, von den jetzigen französischen Machthabern gewollten und erstrebten Bruch dem Vatikan die formelle Verantwortung zuschieben zu können.

Die Streitfrage betrifft die Ernennung von Bischöfen. Fraglich ist, ob auf grund des Konkordats der französischen Regierung das Ernennungs- oder nur das Vorschlagsrecht zusteht. Ministerpräsident Combes behauptet das erstere und hat infolgedessen tatsächlich drei Bischöfe ernannt, ohne vorher die Kurie zu befragen und ihre Zustimmung abzuwarten. Die halbamtliche Note, die diese Ernennungen mitteilt, stellt ausdrücklich fest, daß der Ministerpräsident mit der Wahl dieser Geistlichen das Recht der französischen Regierung aufrecht erhalten wolle, Bischöfe ohne vorgängige Verständigung mit dem heiligen Stuhle zu ernennen. Dieser habe nur die für die Ausübung der bischöflichen Tätigkeit nötige Investitur zu geben. Folgerichtig wird dieselbe Auffassung in negativer Weise der Kurie gegenüber vertreten, die ihrerseits zwei erledigte Bischofssitze wieder besetzt hat, ohne vorher die französische Regierung zu befragen. Der Staatsrat weigerte sich, die Investiturbullen dieser beiden neuen Bischöfe anzunehmen, da ihr Wortlaut der Regierung nicht das Recht der Ernennung zuweise. Der Ministerpräsident hat diese Weigerung des Staatsrats gutgeheißen.

Würde dem Vatikan von einer anderen Seite eine gleich unfreundliche und schroffe Behandlung widerfahren, wie sie ihm fortgesetzt von den gegenwärtigen französischen Machthabern geboten wird, so würde man in Rom wohl nicht allzu lange geneigt sein, die Rolle des Nachgiebigen und Versöhnlichen zu spielen. Aber Frankreich, die „älteste Tochter der Kirche", nimmt von jeher beim päpstlichen Stuhle eine Ausnahmestellung ein; es sind ganz besondere Gesichtspunkte, unter denen die vatikanische Politik der französischen Republik gegenüber beurteilt werden muß. Während des ganzen bisherigen Verlaufes des Kulturkampfes in Frankreich haben Papst Leo XIII. und seine politischen Ratgeber die peinlichste gewissenhafteste Zurückhaltung beobachtet, obwohl nicht der geringste Zweifel darüber bestehen kann, daß sie im innersten Herzen auf der Seite der ultramontanen Opposition gegen die antiklerikale Politik der Republik stehen. Alle Hilferufe, die von den französischen Klerikalen nach Rom gerichtet worden sind, haben dort keinen Widerhall gefunden; nicht einen Augenblick hat sich die römische Kurie in ihrer neutralen Haltung beirren lassen. Selbst auf die Gefahr hin, daß das eisige Schweigen des Papstes als eine Mißbilligung der ultramontanen Richtungen in Frankreich gedeutet werden könne, hat die päpstliche Politik in ihrer grundsätzlichen Weigerung der offenen Parteinahme verharrt. Die Gründe für dieses Verhalten sind zunächst überwiegend politischer Natur. Dem bewunderungswürdigen Langmut, mit dem im Vatikan die kulturkämpferischen Leidenschaften der französischen Republik ertragen worden sind, entspricht die Zähigkeit, mit der die römische Kurie an ihren Hoffnungen auf Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papsttums festhält. Solche Hoffnungen könnten aber nur durch Frankreich erfüllt werden. Nur dieser Staat könnte berufen sein, der „Gefangenschaft" des Oberhauptes der katholischen Kirche ein Ende zu machen und auf den Trümmern der italienischen Einheit dem Papste seine weltliche Souveränität über den ehemaligen Kirchenstaat wiederzugeben. Bloß aus den Aufgaben und Zielen ihrer weltlichen Politik läßt sich eine ausreichende Erklärung dafür finden, daß die römische Kurie besorgt ist, mit der französischen Republik trotz der starken antiklerikalen Tendenzen, die diese zeigt, in erträglichen, wenn nicht freundschaftlichen Beziehungen zu bleiben.

Diese Beziehungen beruhen in der Hauptsache auf dem sogen. Konkordat, das am 15. Juli 1801 zwischen dem Papst Pius VII. und dem ersten Konsul Napoleon geschlossen worden ist. Das Konkordat erkannte, ohne die katholische Religion zur Staatsreligion zu erklären, doch an, daß sie die Religion der großen Mehrheit der französischen Bürger ist. Es verspricht ihr die freie und öffentliche Ausübung ihres Kultus. Die Regierung hat nach dem Konkordate das Recht, die Bischöfe zu ernennen, und diese haben ihr den Treueid zu leisten und sich zu verpflichten, der Regierung anzuzeigen, wenn sich in ihrer Diözese „etwas zum Nachteile des Staates" vorbereitet. Den Bischöfen und Pfarrern wird dafür vom Staate ein ausreichendes Gehalt zugesichert. Diese Grundbestimmungen verleihen dem weltlichen Klerus den Charakter von Staatsbeamten auf kirchlichem Gebiete. So zweifellos es nun auch sein mag, daß der Staat durch das Konkordat große Vorteile besitzt, so bleibt doch offenbar im Vatikan zur Zeit die Auffassung die maßgebende, daß weit mehr als dem französischen Staate der katholischen Kirche daran gelegen sein muß, den auf der Grundlage des Konkordats bestehenden Rechtszustand fortbestehen zu lassen. Die Aufhebung des Konkordats würde die französischen Kulturkämpfer befähigen, schließlich auch die bisher noch vergeblich versuchte und erstrebte Beschlagnahme der Güter der toten Hand tatsächlich zu bewerkstelligen, und bei der Trennung von Staat und Kirche würde der besondere strafgesetzliche Schutz wegfallen, den die Kirche für ihren Kultus, für ihre Dogmen und Einrichtungen genießt. Vor allem kommt aber in betracht, daß das Konkordat für die römische Kirche ein hervorragendes materielles Interesse hat, weil es den Staat zu einer angemessenen Besoldung des Klerus verpflichtet. Im Vatikan weiß man nur zu gut, welcher Notstand vornehmlich für den niederen französischen Klerus entstehen müßte, wenn ihm seine bisherigen Einkünfte, die ihm von Staats wegen zufließen, entgehen würden. Bei einer vollständigen Trennung von Staat und Kirche in Frankreich würde letztere eine gewaltige finanzielle Einbuße erleiden. Die direkten und indirekten Gesamtbezüge von dem Staat, den Departements und den Gemeinden sollen sich für die Kirche auf über 400 Millionen Francs belaufen. Auf solchen Betrag verzichtet man nicht leichten Herzens, da es ausgeschlossen ist, ihn durch freiwillige Gaben aufzubringen.

Ein französischer Geistlicher soll allerdings gesagt haben: „Ich würde mit Freuden das Blutgerüst besteigen, wenn ich dadurch die Kirche Frankreichs von der Sklaverei des Konkordats befreien könnte." Kardinal Rampolla, der jetzt die Politik der Kurie unumschränkt leitet, dürfte anderer Ansicht sein. Bei seiner bisherigen ausgesprochenen Vorliebe für Frankreich wird er bestrebt sein, den schwebenden Investiturstreit wegen der Ernennung der Bischöfe nicht zum Konflikte auswachsen zu lassen, der nur zu leicht dahin führen könnte, das Konkordat zu gefährden, das bei allen seinen Nachteilen für die freie Bewegung der katholischen Kirche dieser doch immerhin einen ganz gewaltigen Einfluß in Frankreich gesichert hat, den zu schwächen oder ganz zu untergraben die französischen Kulturkämpfer bisher vergeblich bemüht gewesen sind. Gewiß ist das Konkordat, das ein Gewaltstreich Napoleons I. war, ursprünglich nur mit innerem Widerstreben von der römischen Kurie hingenommen und ertragen worden, der Not gehorchend; nachdem dies indes hundert Jahre hindurch geschehen ist, wird die Kurie seine Vorteile nicht leichtsinnig auf's Spiel setzen, besonders wenn sie einsieht, daß die französische Regierung entschlossen ist, eventuell die Konsequenzen des Konfliktes zu ziehen und das Konkordat aufzuheben.

Neueste Drahtmeldungen vom 17. Februar.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4).

Berlin. (Priv.-Tel.) Reichstag. Die Wahlen der Abgeordneten Faber und Wehl (nationalliberal) werden bei sehr schwacher Besetzung des Hauses für gültig erklärt. Dann wird die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern beim Titel „Staatssekretär" fortgesetzt. — Abg. Sachse (Soz.) kritisiert abfällig die Wohlfahrtseinrichtungen auf den Krupp'schen Werken. Den ausscheidenden Arbeitern müßten mindestens die von ihnen geleisteten Pensionskassenbeiträge zurückgezahlt werden. Redner verlangt dann Zuziehung der Arbeiter zur Gewerbeaufsicht, vor allem aber im Bergbau, wo auch der Achtstunden-Maximalarbeitstag unbedingt notwendig sei. Wenn Stöcker den Gedanken der Zuziehung der Arbeiter zur Aufsicht bekämpfe, und so für das Klasseninteresse der Unternehmer eintrete, so sei das nichts weniger als christlich. Stötzel habe den Sozialdemokraten vorgeworfen, sie hetzten. Viel hetzerischer seien in Wirklichkeit die Herren vom Zentrum und ihre Presse. Habe doch beispielsweise die „Essener Volkszeitung" angebliche 10 Gebote der Sozialdemokraten veröffentlicht, worin es u. a. heiße: „Du sollst alles stehlen; du sollst jedes Weib begehren." Ein gemeineres und verleumderischeres Machwerk sei kaum denkbar. — Sächsischer Geheimrat Dr. Fischer weist den Angriff Wurms auf die sächsische Regierung, niemals ernsthaft Sozialpolitik getrieben zu haben, zurück und stellt fest, daß die Gewerbeaufsichtsorgane in Sachsen durchaus ihre Schuldigkeit tun. Den Aufsichtsbeamten könne allerdings nicht zugemutet werden, vor den Arbeitern Rotan zu machen und, wie Wurm das verlange, in Arbeiterversammlungen zu erscheinen. Unberechtigt sei ferner der Vorwurf Horns, daß sächsische Unternehmer, z. B. die Aktiengesellschaft für Glasindustrie, ihren Arbeitern das Koalitionsrecht schmälerten. Die genannte Gesellschaft habe eine Erklärung erlassen, daß sie an so etwas nicht denke, daß es ihr allerdings auch nicht einfalle, Arbeiter zu behalten, die unter ihren Kameraden gegen die Gesellschaft hetzerisch tätig seien. Endlich weist Redner noch die Hinfälligkeit der Vorwürfe des Vorredners gegen die sächsische Berginspektion nach. — Preußischer Geheimrat Meißner nimmt die preußische Bergbauaufsicht gegen die Angriffe des Abg. Paasche in Schutz. Nach der vorliegenden Statistik, aus welcher Redner Ziffern mitteilt, nähmen die Unfälle im Bergbau an Zahl nicht zu, sondern vielmehr ab. — Abg. Schwarz-München (lib.) geht auf die durch die Resolution Jäger angeregte Wohnungsfrage ein. Wenn verlangt worden sei, die Kommunen sollten durch Erwerb von Grund und Boden der Wohnungskalamität abhelfen, so sei das nicht ganz leicht. In der Nähe der Großstädte sei der Bodenpreis meist schon durch die Spekulation stark in die Höhe gedrängt. Die Kommunen würden also Millionen über Millionen aufwenden müssen. Weiter erklärt sich Redner gegen den Befähigungsnachweis und gegen die Bäckereiverordnung. — Abg. Stockmann (Reichsp.) stimmt der Resolution Jäger bezüglich der Wohnungsfrage zu und dringt auf endliche Fertigstellung des Gesetzentwurfs zur Bekämpfung der Trunksucht. Peus verlange unbeschränktes Koalitionsrecht für ländliche Arbeiter. Aber zur Besserung ihrer Lohnverhältnisse bedürften diese Arbeiter des Koalitionsrechtes nicht, denn seit 30 Jahren seien die Löhne auf dem Lande unablässig gestiegen; sie jetzt noch weiter zu erhöhen, ist bei der Lage der Landwirtschaft unmöglich. Der Sozialdemokratie liege auch nur daran, die Landwirtschaft zu ruinieren. Redner tritt für die Verallgemeinerung der Bestrafung des Kontraktbruches ländlicher Arbeiter ein und erklärt es gegenüber Hoch für richtig und notwendig, daß in den Kriegervereinen Sozialdemokraten nicht geduldet würden. — Abg. Euler (Zentr.) bedauert die Stellungnahme des Staatssekretärs gegen den Befähigungsnachweis. Vor allem nötig sei dieser für das Baugewerbe. — Abg. Zubeil (Soz.): Die Trunksucht werde in Arbeiterkreisen ohne jedes gesetzgeberische Zutun verschwinden, wofern man nur den Arbeitern vernünftige Löhne zahle. Mit Trunksuchtsgesetzen sei gar nichts zu erreichen. Weiter vertritt er das Verlangen nach Koalitionsfreiheit für die ländlichen Arbeiter. Herrn Stöcker müsse er das Recht absprechen, sich als Freund sozialer Bestrebungen hinzustellen, so lange es noch Kinder gebe, die in der Kurrende viele Stunden lang die Stadt durchzögen, und sogar Lokale mit Damenbedienung aufsuchen müßten, um dort zu singen, und dafür Geld einzunehmen. Redner verbreitet sich schließlich sehr ausführlich über die Verhältnisse in den Ziegeleien: niedrige Löhne, außerordentlich lange Arbeitszeit, 16 bis 18 Stunden, unglaubliche Wohnungszustände, Männlein und Weiblein einträchtig nachts zusammen in einem Raume, gleichviel ob sie verheiratet seien oder nicht. Wenn Unternehmer wegen Zuwiderhandlung gegen Arbeiterschutzvorrichtungen vor Gericht standen, fiele das Urteil mild aus. Was nütze bei solcher Parteilichkeit der Richter alle Gesetzgebung? (Vizepräsident Büsing ruft den Redner wegen dieses gegen die Richter geschleuderten Vorwurfs zur Ordnung.) Schluß der Sitzung 6½ Uhr. — Weiterberatung morgen 1 Uhr.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Budgetkommission des Reichstags lehnte, wie in der vorigen Woche für die preußischen, so in der heutigen Sitzung auch für die sächsischen Meldereiter (Jäger zu Pferde) die Mehrforderungen ab, desgleichen die Forderungen für einen Stabsoffizier und einen Oberarzt in Chemnitz, wo zwei Eskadrons vereinigt sind.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Abgeordnetenhaus begann heute die Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung. Abg. Felisch (kons.) trat für den Befähigungsnachweis im Baugewerbe ein, und verwandte sich dafür, daß die Lehrer an den Baugewerkschulen nicht akademisch gebildet zu sein brauchten; es sei vielmehr besser, daß Handwerker, welche die Meisterprüfung bestanden hätten, als Lehrkräfte herangezogen würden. Handelsminister Möller erwidert, daß es auch Handwerkern nur möglich sei, in die höheren Lehrstellen bei den Baugewerkschulen hineinzukommen, wenn sie dieselben Kenntnisse, wie die Akademiker nachwiesen. Es werde dabei nicht gefragt, wie sie sich diese Kenntnisse erworben hätten. Abg. Walbrecht (nat.-lib.) sprach gegen die Einführung des Befähigungsnachweises für das Baugewerbe. Aus seiner eigenen Praxis könne er feststellen, daß das Baugewerbe geradezu glänzende Fortschritte gemacht habe, seitdem der Befähigungsnachweis aufgehoben sei. — Abg. Dr. Barth beschwert sich darüber, daß die Firma Didrichsen in Kiel, die Rohbernstein zur Ausfuhr nach China von den königlichen Bernsteinwerken habe kaufen wollen, kurz ablehnenden Bescheid erhalten habe. — Minister Möller erwiderte, den Generalvertrieb der Bernsteinwaren habe eine Hamburger Firma, die die Geschäfte seit langer Zeit zur großen Zufriedenheit geführt habe, und es wäre unkaufmännisch, diese verdrängen zu lassen. Die Bernsteinverwaltung müsse auch den kleinstückigen Bernstein im Lande behalten, sie könne so wie so schon die Frage darnach nicht befriedigen. Der kleine Bernstein werde von der Verwaltung selbst zu einem Kunstprodukt, dem Ambroid, verarbeitet, und dieses Produkt liefere in erster Linie die guten Erträgnisse, die der Etat nachweise. Um nicht etwa nun eine wilde Ambroidfabrikation und damit eine Konkurrenz zu züchten, müsse der Absatz kontrolliert werden. — Abg. Oeser beantragte die Zulassung des zollfreien Veredelungsverkehrs in solchen Fällen, in denen inländische Rohstoffe und Halbfabrikate durch Kartelle und Syndikate im Auslande billiger verkauft werden, als im Inlande. Der Minister erklärte, es werde schon jetzt in jedem einzelnen Falle geprüft, ob der zollfreie Veredelungsverkehr zuzulassen sei. Die Prüfung dauere manchmal, weil sie sehr schwierig sei, mehrere Monate. — Der Antrag wurde nach längerer Debatte zurückgezogen. — Abg. Herold (Zentr.) äußerte seine Verwunderung über verschiedene Reden des Handelsministers. Wie könne der Minister den Handelsstand herausfordern, nach einer stärkeren parlamentarischen Vertretung zu streben? — Minister Möller erwiderte, er habe nur den Kaufleuten geraten, selbst für genügende Vertretung ihrer Interessen zu sorgen und nicht alles von der Regierung zu erwarten, die doch nur exekutiv sei. Weiter sprach sich der Minister gegen die Forderung eines Maximalarbeitstages aus. — Abg. Friedberg (nat.-lib.) meinte, ähnlich wie Möller jetzt die Kaufleute, so habe früher Fürst Bismarck die Landwirte aufgefordert, für genügende Vertretung ihrer Interessen im Parlament zu sorgen, und das sei durchaus recht. — Abg. v. Heydebrandt (kons.) meinte dagegen, die Minister seien für das ganze Volk und nicht Vertreter der Interessen eines Ressorts. — Abg. Sattler (nat.-lib.) wies auf eine offiziöse Notiz hin, in der die Nachricht von einem Regierungserlaß gegen den Bund der Landwirte dementiert, dabei aber jedem einzelnen Minister Freiheit gelassen werde, nach Belieben Stellung zum Bunde zu nehmen. Das entspreche nicht dem Prinzip der Einheitlichkeit der Regierung. — Weiterberatung morgen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der „Reichsanzeiger" meldet amtlich: Nachdem die zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Venezuela entstandenen Streitigkeiten beigelegt sind, ist die von den deutschen Streitkräften über die Häfen von Puerto Cabello und Maracaibo verhängte Blockade aufgehoben worden. Zugleich wird im „Reichsanzeiger" die Aufhebung der von England und Italien über die venezolanischen Häfen verhängten Blockade bekanntgegeben. — Als künftiger Oberpräsident von Posen wird in mehreren Blättern der Staatssekretär Graf Posadowsky genannt. Dies ist indessen nach der „National-Zeitung" eine durchaus unbegründete Vermutung, zumal gegenwärtig zu einem Wechsel im Staatssekretariat des Innern keinerlei Anlaß vorliegt. Der künftige Oberpräsident von Posen ist be-

Hotel Bristol Dresden-A., Bismarckplatz 5-7.
Höchster Luxus und Komfort.
Zimmer von Mark 2.50 an.